

**Neue Energie für Schleswig-Holstein: sicher, sauber, bezahlbar  
- Energiepolitische Eckpunkte der CDU Schleswig-Holstein -**

Die Reaktorkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima markiert eine Zäsur in der energiepolitischen Debatte in Deutschland. Jetzt geht es darum, über die Zukunft unserer Energieversorgung neu nachzudenken und die Energiekonzepte in Bund und Land für die Zukunft fortzuschreiben. Die große Einigkeit in der Ablehnung der Kernenergie ist allein noch keine verantwortliche Energiepolitik. Daher muss es für die CDU darum gehen, die Lage nüchtern zu analysieren und mit Besonnenheit und wirtschaftlicher Vernunft die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die CDU Schleswig-Holstein will mit diesen energiepolitischen Leitlinien die notwendigen Schritte für eine erfolgreiche Energiewende skizzieren und damit zugleich die Diskussion in der CDU Deutschlands über eine verlässliche Energieversorgung der Zukunft mit prägen, die Wirtschaft und Verbrauchern einen belastbaren und nachvollziehbaren Rahmen bietet.

Schleswig-Holstein nimmt schon heute eine Vorreiterrolle beim Umstieg auf Erneuerbare Energien ein. Jetzt geht es darum, den bereits beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie schneller umzusetzen und die Weichen hin zu den Erneuerbaren Energien engagiert und überzeugend zu stellen.

**1. Den Umstieg beschleunigen.**

Bereits die im letzten Jahr beschlossenen Energiekonzepte von Land und Bund bezeichnen die Kernenergie nur noch als eine Brückentechnologie ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Den Übergang zu verkürzen und damit den Einstieg aus dem endgültigen Ausstieg zu beschleunigen, ist die aktuelle Herausforderung. Dazu wollen wir alle Möglichkeiten für einen beschleunigten Ausstieg untersuchen.

## Beschluss des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

Auch für die Übergangstechnologie gilt: Die Betriebssicherheit der drei Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein hatte und hat für die CDU Schleswig-Holstein oberste Priorität. Jedes Kernkraftwerk, das in Schleswig-Holstein am Netz ist, muss sicher sein. Bestehen Zweifel an der Sicherheit der Anlagen oder der Zuverlässigkeit und Eignung seiner Betreiber, gehen diese nicht ans Netz. Schon heute sind zwei von drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken seit fast vier Jahren abgeschaltet.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan ist es richtig, während des Moratoriums die Risiken der Kernenergie und in diesem Zusammenhang auch die Sicherheit der Energieversorgung neu zu bewerten. Es geht darum, aus der Kernenergie geordnet und planvoll auszusteigen und auf Energietechniken umzustellen, deren Risiken beherrschbar und kalkulierbar sind. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt daher die Einsetzung einer neuen Reaktorsicherheitskommission und einer Ethikkommission im Bund. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Expertenkommissionen können Anfang Juni Entscheidungen zu den Sicherheitsanforderungen und zum weiteren Betrieb der Kernkraftwerke getroffen werden. Dabei erwarten wir, dass die Stromproduktion aus Kernenergie im Ergebnis schneller als bisher geplant beendet wird. Darüber hinaus muss es auch darum gehen, die Zeit des Moratoriums zu nutzen, um die Bedingungen für den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu formulieren. Auch in Zukunft muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein, müssen die Klimaschutzziele umgesetzt und die Strompreise weitgehend stabil und kalkulierbar bleiben.

Energiepolitik macht nicht an nationalen Grenzen halt. Deshalb begrüßt die CDU Schleswig-Holstein den Vorstoß des Energiekommissars Oettinger, auf europäischer Ebene bis zum Ende dieses Jahres einheitliche Stresstests durchzuführen, welche alle Arten von vorstellbaren Risiken umfassen, und einheitliche Sicherstandards festzulegen. Für die CDU Schleswig-Holstein ist es aber keine Option, aus der deutschen Kernenergie auszusteigen und stattdessen Kernenergie aus anderen Ländern zu importieren. Die CDU Schleswig-Holstein wird

## Beschluss

### des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

sich im Bund dafür einsetzen, dass gleiche Szenarien mit gleicher Bewertung und Auswirkung in allen europäischen Staaten durchgeführt werden. Zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Sicherheitsstandards in allen Mitgliedsstaaten mit Atomkraftanlagen spricht sich die CDU Schleswig-Holstein außerdem für die Einbeziehung anderer Mitgliedsstaaten in die Sicherheitsüberwachung aus.

Durch die Verpflichtung zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie gewinnt die Frage des Umgangs mit nuklearem Abfall und abgebrannten Brennelementen noch einmal an Dringlichkeit. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine sachliche Diskussion des Themas mit allen betroffenen Parteien und unter Zuhilfenahme aller vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse ein, damit so schnell wie möglich eine nachhaltige Lösung gefunden werden kann.

# Beschluss

## des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein

### am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

#### **2. Schleswig-Holstein setzt auf Wind.**

Die CDU Schleswig-Holstein steht auch weiterhin für die Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energien. Die CDU unterstützt das im Herbst 2010 formulierte Ziel der Landesregierung, in Schleswig-Holstein bis spätestens 2020 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien zu produzieren als im eigenen Land verbraucht wird.

Schleswig-Holstein ist schon heute Energie-Exportland und wird insbesondere seine Position als Windstrom-Exporteur in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Für die CDU Schleswig-Holstein wird dies weiterhin das Ziel sein.

Schleswig-Holstein verfügt über ausgezeichnete Bedingungen für Erneuerbare Energien. Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein für den Ausbau der Windenergie an Land und auf dem Meer prädestiniert. Die CDU Schleswig-Holstein will das enorme Windenergiepotential nutzen und wieder eine Spitzenposition des Landes bei der Windenergie zurückgewinnen.

Ziel bei der Windenergie an Land ist es, im Zeitraum 2015 bis 2020 eine Verdreifachung der bislang erreichten Kapazität auf rund 9.000 Megawatt zu erreichen. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass die Landesregierung den Anteil an Windeignungsflächen auf 1,5 Prozent gesteigert hat. Damit ist eine wichtige Weiche gestellt, um die Erzeugung von Windenergie deutlich steigern zu können. Dies gilt es jetzt über die Regionalplanung gemeinsam mit den Gremien und der Bevölkerung vor Ort beschleunigt umzusetzen. Parallel zur Errichtung weiterer Windkraftanlagen an Land werden bis 2020 alle Windkraftanlagen mindestens einmal einem Repowering unterzogen worden sein.

Die größten Zuwachsmöglichkeiten bei der Windernte liegen in der Offshore-Windkraftnutzung. Derzeit gibt es sieben genehmigte Offshore-Windparks in der Nordsee und einen in der Ostsee, die ihren Netzanschluss voraussichtlich in Schleswig-Holstein haben werden. Ziel ist es, im Zeitraum 2015 bis zum Jahr 2020

## Beschluss

### des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein

#### am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

rund 3.000 Megawatt aus Offshore-Windstrom zu erzielen. Hierfür bedarf es noch großer Anstrengungen aller beteiligten Akteure, angefangen von der Sicherstellung der Finanzierung der Offshore-Windparks über die Errichtung der notwendigen Hafeninfrastuktur bis hin zur Sicherstellung des Abtransports der Energie. Die CDU Schleswig-Holstein wird sich verstärkt für den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur einsetzen.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Überlegungen der Bundesregierung, die zügige Realisierung der ersten zehn Offshore-Windparks mit einem Sonderprogramm „Offshore Windenergie“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem Kreditvolumen von insgesamt fünf Milliarden Euro zu fördern. Hierfür sollte kurzfristig der Startschuss gegeben werden, um die Ausbaudynamik der Investoren deutlich zu unterstützen. Aus diesen Mitteln sollen nicht nur die Windparks selbst, sondern alle Teile der Offshore-Wertschöpfungskette mit finanziert werden können, zum Beispiel Hafeninfrastrukturen oder Offshore-Spezialschiffe.

Damit Windstrom zukünftig grundlast- und regelfähig gemacht werden kann, wird die CDU Schleswig-Holstein die Entwicklung von notwendigen Speichertechnologien fördern. Hierzu gehören u.a. Pumpspeicherkraftwerke und Druckluftspeicherwerke aber auch Technologien, wie bspw. Redox-Flow-Batterien oder die Elektromobilität, die im Zusammenhang mit der Speicherung von elektrischem Strom aus Erneuerbaren Energien zunehmend an Bedeutung gewinnt.

### **3. Den notwendigen Netzausbau zielführend und konsequent vorantreiben.**

Der Netzausbau hält mit der Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien bereits seit vielen Jahren nicht Schritt.

Der beschleunigte Umstieg hin zu den Erneuerbaren Energien wird nur gelingen, wenn es bei der Netzstruktur nicht mehr zu Engpässen kommt. Die Netzbetreiber gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren Höchstspannungsleitungen auf der

## Beschluss des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

380 Kilovolt-Ebene von über 500 km allein in Schleswig-Holstein erforderlich sein werden. Hinzu kommt der Bedarf an weiteren Hochspannungsleitungen auf der 220/110 Kilovolt-Ebene durch Ausbau bzw. Umbau. Auch wenn alle Möglichkeiten zur Optimierung im Bestandsnetz ausgeschöpft werden müssen, so bleibt der Netzausbau zwingend.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich deshalb für einen schnelleren Netzausbau ein. Vordringlich ist dabei der Bau von Nord-Süd-Trassen, die den Strom aus den Windparks im Norden in die energieintensiven Verbrauchszentren im Westen und Süden Deutschlands leiten.

Für den schnelleren Netzausbau sieht die CDU Schleswig-Holstein folgende Schritte als notwendig an:

- **Konsequente Anpassung der Netzstrukturen**

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Absicht der Bundesregierung, den notwendigen Netzausbau mit einem Investitionsbeschleunigungsgesetz zu forcieren, dem dient die Erstellung eines Bundesnetzplanes, der aber nicht nur die 380-kV-Ebene, sondern auch die 110-kV-Ebene abbilden sollte. Vorbild ist das Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern aus dem Jahr 1991, das verwaltungsrechtliche Verfahren und Rechtswege verkürzt und damit die schnelle Verwirklichung von Projekten ermöglicht hat. Dabei sollte die Planfeststellung in der Zuständigkeit der Länder verbleiben. Dies schließt mit ein, dass sich beim länderübergreifenden Leitungsbau die betroffenen Bundesländer auf eine für das Vorhaben zuständige Landesplanungsbehörde verständigen. Bundeseinheitliche Standards für diese Planungsvorhaben können dabei hilfreich sein.

- **Sprinterprämie**

Die CDU Schleswig-Holstein spricht sich für eine Sprinterprämie für Netzbetreiber aus. Damit wird ein degressiv gestalteter Anreiz für einen

## Beschluss

### des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

zeitnahen Beginn des Netzausbaus gesetzt. Die Netzbetreiber, die ab 2012 mit der Realisierung der Netze beginnen, könnten einen Bonus von zwei Prozent auf die Rendite bekommen. Diejenigen, die ein Jahr später mit dem Netzausbau beginnen, könnten einen reduzierten Bonus von 1,5 Prozent erhalten.

- Dialogforen

Die CDU Schleswig-Holstein will mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen offenen und transparenten Dialog über den notwendigen Ausbau der Netze eintreten. Auch hierfür bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Die CDU Schleswig-Holstein stellt sich der Diskussion und greift die Erwartungen der modernen und aufgeklärten Bürgergesellschaft auf. Daher unterstützt sie auch die Einrichtung von regionalen Dialogforen, in denen die Bürgerinnen und Bürger unter Leitung eines unabhängigen Moderators mit den Projektbeteiligten einen Dialog auf Augenhöhe führen.

- Bürgernetze und genossenschaftliche Leitungstrassen

Zur Stärkung der Akzeptanz neuer Leitungstrassen kann es sinnvoll sein, regionale Akteure zusätzlich in die Projektierung einzubinden. So wie das Konzept des Bürgerwindparks die Akzeptanz für die Windkraft gesteigert hat, können Bürgernetze oder genossenschaftliche Leitungstrassen Akzeptanz schaffen und Wertschöpfung in der Region halten. Regionalen Akteuren sollte deshalb stärker die Möglichkeit gegeben werden, neben den derzeitigen Netzbetreibern die Abführung des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu organisieren. Die möglichen Kapazitäten der Stromnetze der Bahn sollten ebenfalls mit einbezogen werden.

Zusätzlich dazu müssen auch der europäische Netzausbau vorangebracht und der Energiebinnenmarkt umgesetzt werden. Insoweit haben wir auch im Blick, dass das Netz in Schleswig-Holstein und Deutschland Bestandteil des europäischen Verbundnetzes ist und die nationalen Netzplanungen auf europäischer Ebene abgestimmt werden müssen.

# Beschluss

## des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein

### am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

#### **4. Die Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleisten.**

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine verlässliche und sichere Energieversorgung. Um die Volatilität vor allem der Windenergieerzeugung auszugleichen, ist es auch in Zukunft erforderlich, die bislang schon bestehenden Flexibilitäten im Kraftwerkspark auszuschöpfen und weiter zu optimieren. Die CDU Schleswig-Holstein setzt auf einen Energiemix, der zukünftig auf die Kernenergie verzichtet und auf die Erneuerbaren Energieträger Windenergie, Biomasse, Geo- und Solarthermie sowie Wasserkraft und Photovoltaik setzt. Dadurch werden die Kommunen sowie die Stadtwerke gestärkt und es werden neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die CDU Schleswig-Holstein, dass die Landesregierung ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept vorlegen wird, das die Zäsur in der Energiepolitik berücksichtigt und das Landesenergiekonzept in die Zukunft fortschreibt.

Um die Grundlast sicherzustellen und damit die Netzstabilität zu sichern, ist ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie nicht vertretbar. Um den Ausstieg zu beschleunigen, wird es aus heutiger Sicht zunächst erforderlich sein, dass mehr fossile Energieträger verstromt werden müssen. Deshalb werden wir in einer längeren Übergangszeit auf die fossilen Energieträger Kohle und Gas nicht verzichten können. In diesem Fall soll die Kraftwerkstechnologie verwendet werden, die den höchsten Wirkungsgrad erreicht und Umwelt und Klima am besten schützt. Dabei erscheint es zur Zeit sinnvoll, Gas mehr als bisher als Brückentechnologie einzusetzen.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt weiter die Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes in Brunsbüttel und befürwortet damit zusammenhängend die weitere Forschung für eine industrielle Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCR).



## Beschluss des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

In diesem Zusammenhang stellt die CDU Schleswig-Holstein erneut klar, dass sie die Erprobung der CCS-Technik gegen den Willen der Bevölkerung strikt ablehnt. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass die Bundesregierung eine wirksame Länderklausel im CCS-Gesetz verankert hat. Der beharrliche Einsatz der CDU-geführten Landesregierung und der Landesgruppe im Deutschen Bundestag für diese Länderklausel hat sich ausgezahlt. Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt die Landesregierung darin, unter Einbeziehung der betroffenen Landkreise zügig ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, um die CO<sub>2</sub>-Einlagerung in Schleswig-Holstein auszuschließen.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt neben der Windkraft auf gebäudeintegrierte Energieerzeugung. Die vorhandenen Systeme wie z. B. Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie, Mini KWL und Kleinblockheizkraftwerke sind eine weitere Säule in Bezug auf regenerative Energien.

Eine dezentrale Energieerzeugung durch Sanierung und Neubau von Gebäuden im Wohn- und Industriebereich sind weitere Eckpfeiler zur Energiegewinnung.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für diese Arten der Energiegewinnung ein, da dadurch eine enorme Wertschöpfung für die heimische Industrie und das Handwerk möglich ist.

**5. Wirtschaftliche Chancen offensiv nutzen.**

Der beschleunigte Umstieg auf Erneuerbare Energien und vor allem die Leitenergie Wind ist eine große Chance für den Norden Deutschlands und damit insbesondere Schleswig-Holstein mit 870 km Küste an Nord- und Ostsee. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass die mit der Energiewende verbundenen wirtschaftlichen Chancen für Schleswig-Holstein voll und ganz genutzt werden. Es gilt, vorhandene Standortvorteile offensiv zu nutzen und die Wertschöpfungskette vollumfänglich auszuschöpfen. Schleswig-Holstein sollte seine Stellung als Exporteur von Strom in die energieintensiven südlich gelegenen Verbrauchszentren weiter ausbauen.

Schleswig-Holstein verfügt schon heute über ein enges Netz an Anlagenherstellern, Projektentwicklern, Anbietern von Serviceleistungen und mittelständischen Unternehmen der Zuliefererindustrie, die sich auf dem Markt für Erneuerbare Energien bereits positioniert haben. Für die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist der beschleunigte Umstieg auf Erneuerbare Energien und insbesondere die Windenergie eine große Chance. Für die Zukunft der heutigen Kernkraftwerksstandorte in Schleswig-Holstein und die in diesem Sektor beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen wir als CDU Schleswig-Holstein besondere Verantwortung und wir stellen uns dieser.

Eine zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung trägt entscheidend zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein bei. Die Umsetzung der Energiewende schließt ein, dass unter anderem beim Bau von Offshore-Windkraftparks und dem Ausbau der Stromnetze enorme Finanzierungsvolumen zu stemmen sind. Dies wird sich auf die Höhe der Strompreise auswirken. Die CDU Schleswig-Holstein weiß um die möglichen künftigen Belastungen vor allem für stromintensive Betriebe und Industrieanlagen und will sie so gering wie möglich halten. Die Attraktivität von Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Industriestandort muss erhalten bleiben.

## Beschluss des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz können den Anstieg der Energiekosten dämpfen und sind ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. In diesem Zusammenhang begrüßt die CDU Schleswig-Holstein Überlegungen des Bundes, das Programm zur CO<sub>2</sub>-Sanierung von Gebäuden von knapp 450 Millionen Euro schrittweise auf zwei Milliarden Euro aufzustocken. Die Umsetzung von baulichen und technischen Energiesparmaßnahmen wie beispielsweise Wärmedämmungen führen mittelfristig zu einer spürbaren Entlastung von Energiekosten. Gleichzeitig bleiben die Investitionskosten in der Region – es ist vor allem der Handwerksbetrieb vor Ort, der von diesen Investitionsmaßnahmen profitiert.

Stromintensive Betriebe und Industrieanlagen haben in Schleswig-Holstein den Standortvorteil, dass es ausreichend Strom gibt und wegen der kurzen Transportwege vor allem eine sichere Stromversorgung gewährleistet ist. Dies gilt es im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen als Standortvorteil verstärkt in die Waagschale zu werfen.

Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt die schleswig-holsteinischen Häfen darin, sich als Service- und Versorgungshäfen und als Produktionsstandorte von Großkomponenten zu positionieren. Dabei haben der Ausbau des Hafens Helgoland als Servicehafen, des Hafens Büsum als Versorgungshafen und des Hafens Brunsbüttel als Produktionsstätte für Großkomponenten für die CDU Schleswig-Holstein Priorität. Bei der Realisierung sind die Energieversorger in die Planung und Finanzierung unterstützend mit einzubeziehen.

Mit dem Ausbau der Offshore-Windenergie entsteht ein zusätzlicher Bedarf an Spezialschiffen und Versorgungsschiffen zur Realisierung und zum Betrieb der Offshore-Windparks. Die CDU Schleswig-Holstein appelliert an die Energieversorger, bei dem Bau der erforderlichen Spezialschiffe und Versorgungsschiffe auf das Know-how und die Kompetenz der Werften in Schleswig-Holstein zurückzugreifen.

## Beschluss des 64. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein am 6. Mai 2011 in Norderstedt

---

Mit der Messe Husum Wind findet alle zwei Jahre die internationale Leitmesse für Windenergie in Schleswig-Holstein statt. Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich auch über das Jahr 2012 hinaus zum Messestandort Husum für diese Wind-Leitmesse.

*Für den Landesvorstand: Jost de Jager*